

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	27
1. Teil: Das Nießbrauchrecht an Mitgliedschaften im Gesellschaftsrecht	32
Erstes Kapitel: Zivilrechtliche Grundlagen	32
§ 1 Die Mitgliedschaft	32
A. Die Mitgliedschaft als Rechtsinstitut des Verbandsrechts	32
B. Die Rechtsnatur der Mitgliedschaft	35
I. Die Mitgliedschaft als Rechtsverhältnis und als subjektives Recht	35
II. Die Einheitlichkeit der Mitgliedschaft – ein Phänomen im Personengesellschaftsrecht	37
III. Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft	38
1. Rechtsformübergreifender Überblick	38
2. Die verschiedenen Mitgliedschaftsrechte und -pflichten	40
3. Das Abspaltungsverbot	42
C. Ergebnis	43
§ 2 Das Nießbrauchrecht	44
A. Begriff und Inhalt des Nießbrauchrechts	44
B. Entstehung und Begründung	47
C. Erscheinungsformen des Nießbrauchrechts	48
D. Beendigung des Nießbrauchverhältnisses	49
§ 3 Das Nießbrauchrecht an der Mitgliedschaft	50
A. Der Nießbrauch an Rechten	50
I. Zulässigkeit	50
II. Form- und Zustimmungserfordernisse	52
1. Personengesellschaftsanteil	52
2. Kapitalgesellschaftsanteil	54

B. Das rechtliche Spannungsverhältnis bei einem mitgliedschaftlichen Nießbrauchrecht	55
I. Sachenrecht und Gesellschaftsrecht	55
II. Lösungsansätze	57
 Zweites Kapitel: Das Nießbrauchverhältnis in Bezug auf die Mitgliedschaft	 59
§ 1 Rechtsstellung des Nießbrauchers versus Gesellschafter	59
A. Das Nießbrauchverhältnis als gesetzliches Schuldverhältnis	59
B. Das Nießbrauchverhältnis als Rechtsgemeinschaft	61
I. Meinungsstand	61
II. Kritik und eigene Ansicht	63
§ 2 Rechtsstellung des Nießbrauchers zum Gesellschafterverband	68
A. Die Nießbraucherstellung – Meinungsstand	68
I. Personengesellschaft	68
II. Kapitalgesellschaft	70
B. Stellungnahme	71
§ 3 Das Vergemeinschaftungskonzept als rechtsgeschäftliches Schuldverhältnis	72
A. Der Vergemeinschaftungsansatz	72
B. Poolvereinbarung versus Innengesellschaft – eigener Lösungsansatz	74
I. Darstellung	74
II. Rechtsfolgen für die Nießbrauchbeteiligten	77
§ 4 Zusammenfassung und Ergebnis	78
 Drittes Kapitel: Das Fruchtziehungsrecht des Nießbrauchers	 80
1. Abschnitt: Das Fruchtziehungsrecht im Allgemeinen	81
2. Abschnitt: Die mitgliedschaftlichen Mitwirkungsrechte	83
§ 1 Originäre Mitwirkungsrechte des Nießbrauchers	83
§ 2 Die gesellschaftsrechtlichen Mitwirkungsrechte als Befugnisse	84
A. Das gesellschaftsrechtliche Abspaltungsverbot	84
B. Ansichten zum Mitwirkungsrecht „Stimmrecht“	86
I. Allgemeines zum Stimmrecht	86

II. Aufteilung des Stimmrechts zwischen Gesellschafter und Nießbraucher	87
III. Stimmrecht ausschließlich beim Nießbraucher	89
IV. Stimmrecht ausschließlich beim Gesellschafter	90
V. Gemeinsames Stimmrecht von Gesellschafter und Nießbraucher	91
VI. Stellungnahme	92
C. Sonstige Mitwirkungsrechte	94
I. Überblick	94
II. Die sonstigen Mitwirkungsrechte im Einzelnen	95
1. Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis	95
2. Teilnahme an der Gesellschafter-/ Hauptversammlung	97
3. Informations- und Kontrollrechte	98
4. Widerspruchs- und Anfechtungsrechte	100
5. Haftung des Nießbrauchers	101
III. Stellungnahme	102
§ 3 Die Mitwirkungsrechte im Konzept der Vergemeinschaftung	104
I. Die Vergemeinschaftung	104
II. Die Innengesellschaft als Lösungsansatz	107
3. Abschnitt: Das vermögensrechtliche Mitgliedschaftsrecht	109
§ 1 Grundsätzliches zum nießbrauchrechtlichen Vermögensrecht	109
A. Das mitgliedschaftliche Vermögensrecht	109
B. Das mitgliedschaftliche Nießbrauchrecht und die bilanzrechtliche Kapitalstruktur der Gesellschaft	110
I. Bedeutung	110
II. Die unterschiedlichen rechtsformabhängigen Kapitalstrukturen	111
1. Darstellung	111
2. Ergebnis	116
III. Bedeutung und Wirkung des mitgliedschaftlichen Nießbrauchs für die Kapitalstruktur	116
1. Meinungsstand	116
2. Stellungnahme	118

§ 2	Der bestimmungsmäßige, vermögensrechtliche Ertrag	119
	A. Meinungsstand	119
	B. Die Auf- und Feststellung des Jahresabschlusses als Grundlage für die Bestimmung des Ertrages	121
	I. Kompetenzzuordnung	121
	II. Einfluss des Nießbrauchers	123
	C. Die nießbrauchrechtliche Teilhabe am Unternehmensergebnis	125
	I. Umfang des Gewinnanspruchs	125
	1. Grundsätzliches	125
	2. Personengesellschaften	127
	3. Kapitalgesellschaften	130
	II. Ausgewählte Fragen zum Gewinnanspruch	131
	1. Behandlung thesaurierter Gewinne (Gewinnrücklagen)	131
	2. Verlustanteil	132
	3. Außerordentliche Erträge	134
	a) Meinungsstand	134
	b) Stellungnahme	135
	aa) Kritik und Problemstellung	135
	bb) Lösungsansatz	137
	4. Kapitalveränderungen	139
	a) Kapitalerhöhung	139
	aa) aus Gesellschaftsmitteln	139
	bb) aus Einlagen	140
	b) Kapitalherabsetzung	142
	5. Entnahmerechte bei Nießbrauch am Gesellschaftsanteil	143
	6. Auseinandersetzungsguthaben/ Liquidationserlös	144
	D. Gesamtergebnis	146
2. Teil:	Das Nießbrauchrecht an Mitgliedschaften im Bilanzrecht	148
Erstes Kapitel:	Der Jahresabschluss als Mittel der Rechnungslegung	149
§ 1	Der Jahresabschluss als integrierter Bestandteil des Gesellschaftsrechts	149

§ 2	Der Jahresabschluss als Instrument der Dokumentation und Information	151
Zweites Kapitel: Das Nießbrauchverhältnis im Bilanzrecht		153
§ 1	Die verschiedenen Informationsansprüche – Informationsasymmetrien	153
A.	Informationsanspruch des Nießbrauchers	153
B.	Informationsanspruch der sonstigen Bilanzadressaten	154
I.	Die Interessenlagen	154
II.	Einfluss der registerlichen Nießbraucheintragung auf das Bilanzrecht	155
III.	Ergebnis	157
§ 2	Das mitgliedschaftliche Nießbrauchrecht in der Rechnungslegung	158
A.	Grundsätzliches	158
B.	Auswirkungen auf die Jahresabschluss-Bestandteile	159
I.	Personengesellschaft	160
1.	Bilanz	160
2.	Gewinn- und Verlustrechnung	162
3.	Anhang	163
II.	Kapitalgesellschaft	164
1.	Bilanz	164
2.	Gewinn- und Verlustrechnung	166
3.	Anhang	166
§ 3	Zusammenfassung und Ergebnis	167
3. Teil: Das Nießbrauchrecht an Mitgliedschaften im Steuerrecht		168
Erstes Kapitel: Steuerrechtliche Grundlagen bei einem mitgliedschaftlichen Nießbrauchrecht		170
1. Abschnitt: Zivilrecht versus Steuerrecht		170
§ 1	Das Verhältnis zwischen Zivil- und Steuerrecht	170
A.	Einordnung der einzelnen Teilrechtsordnungen	170
B.	Reichweite des Prinzips der Maßgeblichkeit des Zivilrechts für das Steuerrecht	172
§ 2	Das Nießbrauchrecht im Kontext von Zivil- und Steuerrecht	173
A.	Bedeutung	173

B.	Wirtschaftliche Betrachtungsweise und wirtschaftliches Eigentum im Nießbrauchverhältnis	175
C.	Besonderheiten bei Verträgen zwischen nahestehende Personen	178
I.	Begriffsbestimmung	178
II.	Die allgemeinen Kriterien	179
D.	Stellungnahme	180
2.	Abschnitt: Das Nießbrauchrecht im Ertragsteuerrecht	181
§ 1	Das Nießbrauchrecht als Einkunftsquelle	181
A.	Die Einkunftsquelle im Allgemeinen	181
I.	Der Begriff	181
II.	Abgrenzung von „Einkunftsquelle“ und „Einkunftsart“	186
B.	Das Nießbrauchrecht im Kontext der Einkunftsquellendogmatik	187
I.	Rechtsprechungsüberblick (historische Darstellung)	187
II.	Das Nießbrauchrecht als Wirtschaftsgut und als Einkunftsquelle	189
III.	Ableitung der Einkunftsquelle aus der Ruppe'schen These	190
IV.	Ergebnis	191
§ 2	Einkünftequalifikation und -zurechnung nach Nießbrauchbestellung	192
A.	Einkünftequalifikation im Allgemeinen	192
I.	Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung	192
II.	Vorgehensweise zur Beurteilung der Einkünftequalifikation	194
B.	Zurechnung der Einkünfte im Nießbrauchverhältnis	195
I.	Zurechnungstatbestände	195
1.	Grundsätze der Tatbestandsverwirklichung	195
2.	§ 39 AO als Zurechnungskriterium	196
II.	Verwirklichung des Tatbestands der Einkünfteerzielung bei einem Nießbrauch an Mitgliedschaften	198
1.	Voraussetzungen für eine Tatbestandsverwirklichung	198

2. Rechtsfolgen bei Nichterfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen	199
C. Ergebnis	200
3. Abschnitt: Personengesellschaften im Steuerrecht	201
§ 1 Überblick	201
§ 2 Die gewerbliche Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft)	202
A. § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG als Grundtatbestand	202
I. Überblick und sachlicher Anwendungsbereich	202
II. Ansichten zur Tatbestandsverwirklichung	204
1. Gesetzmäßige Tatbestandsverwirklichung	205
2. Gemeinschaftliche Tatbestandsverwirklichung	207
III. Begriff des Mitunternehmers	208
1. Ertragsteuerrechtliche Bedeutung	208
2. Mitunternehmereigenschaft	209
a) Gesellschaftsrechtliche Stellung und Abgrenzung	209
b) Die Mitunternehmertatbestandsmerkmale	211
c) Ergebnis	215
B. Rechtsfolge des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG	215
C. Verfahrensrechtliche Darstellung	216
§ 3 Vermögensverwaltende Personengesellschaften	216
§ 4 Zusammenfassung und Stellungnahme	219
 Zweites Kapitel: Das Nießbrauchrecht am Anteil einer gewerblichen Mitunternehmerschaft	 223
1. Abschnitt: Die Nießbrauchbegründung am Mitunternehmeranteil	223
§ 1 Der Mitunternehmeranteil	223
§ 2 Bestellung eines Nießbrauchrechts an einem Mitunternehmeranteil	225
A. Allgemeines – Erscheinungsformen	225
B. Die Bedeutung des Sonderbetriebsvermögens	227
I. Begriff des Sonderbetriebsvermögens	228
II. Nießbrauchbestellung am Mitunternehmeranteil und Sonderbetriebsvermögen	229
1. Vorbehaltsnießbrauch bei einer Mitunternehmeranteilsübertragung	229

2. Mitunternehmeranteil und Zuwendungsnießbrauch	230
3. Übertragung nur des Gesellschaftsanteils	230
4. Übertragung des Mitunternehmeranteils unter Nießbrauchvorbehalt am Gesellschaftsanteil	231
§ 3 Nießbrauchbestellung an einem Teil- Mitunternehmeranteil	231
A. Grundsätzliches (zur Einheitlichkeit der Mitgliedschaft)	231
B. Quoten- und Bruchteilsnießbrauch	232
§ 4 Steuerrechtliche Bruchteilsbetrachtung und mitunternehmerischer Nießbrauch	233
§ 5 Ergebnis	234
2. Abschnitt: Die Nießbrauchbeteiligten im System der Mitunternehmerschaft	235
§ 1 Zivilrechtlicher Rückblick	235
§ 2 Die Mitunternehmerstellung	236
A. Nießbrauchbesteller (Gesellschafter) als Mitunternehmer	236
B. Nießbraucher als Mitunternehmer	239
I. Mitunternehmerisiko	239
II. Mitunternehmerinitiative	241
III. Stellungnahme	242
§ 3 Der mitunternehmerische Nießbraucher und die Mitunternehmerschaft	244
A. Grundproblematik	244
B. Das Problem der Mitunternehmerverdoppelung	247
I. Sichtweise im Schrifttum und in der Rechtsprechung	247
II. Sicht der Finanzverwaltung	248
III. Stellungnahme und Kritik	249
C. Die Erweiterung der Mitunternehmerschaft – eigener Lösungsansatz	252
I. Überlegungen	252
1. Mitunternehmeranteilerweiterung	252
2. Mitunternehmererweiterung (sog. Nullbeteiligung)	255
II. Rechtsfolge und Ergebnis	256

§ 4 Steuerliche Rechtsfolgen und Auswirkungen eines mitunternehmerischen Nießbrauchrechts	258
A. Einkommensteuerrecht	259
I. Rechtsfolgen auf der Ebene der Nießbrauchbeteiligten – Einkünftezuordnung dem Grunde nach	259
1. Nießbrauchbesteller/Gesellschafter-Ebene	259
a) Nicht-Mitunternehmer ab Beginn der Mitgliedschaft	259
aa) Auffassung von Rechtsprechung und Schrifttum	259
bb) Sichtweise der Finanzverwaltung	263
cc) Ergebnis und Kritik	264
b) Nicht-Mitunternehmer ab Nießbrauchbestellung – Anwendung der Betriebsverpachtungsgrundsätze	265
2. Nießbraucher-Ebene	268
a) Ertragsnießbrauch am Gesellschaftsanteil	268
aa) Zuwendungsnießbrauch	269
bb) Vorbehaltsnießbrauch – Vermächtnisnießbrauch	270
b) Nießbrauch am Gewinnstammrecht	272
II. Auswirkungen auf der Ebene der Einkünftezuordnung der Höhe nach	272
1. Das Zuordnungsproblem bei unterschiedlichem Handels- und Steuerbilanzgewinn	273
a) Darstellung	273
b) Lösungsansatz	275
aa) Anwendung der Betriebsverpachtungsgrundsätze	275
bb) Rechtsfolge bei Nichtanwendung der Betriebsverpachtungsgrundsätze	277
2. Ausgewählte Fragen zur Einkünfteabgrenzung und -ermittlung	277
a) Vorgehensweise bei der Ergebnisabgrenzung	278

b) Behandlung steuerrechtlicher Modifikationsgrößen	280
aa) Nicht abziehbare Betriebsausgaben	280
bb) Bilanzierungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz	281
cc) Betriebsprüfungsergebnisse	281
dd) Zwischenergebnis/Stellungnahme	282
ee) Steuerermäßigung gemäß § 35 EStG	284
ff) Zuweisung von Verlustanteilen	284
gg) Gewinnthesaurierung (nicht entnahmefähige Gewinnanteile)	286
hh) Zusammenfassung	288
B. Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	289
I. Grundsätzliches	289
II. Vorbehaltsnießbrauch am Gesellschaftsanteil	290
III. Zuwendungs- bzw. Vermächtnisnießbrauch am Gesellschaftsanteil	291
IV. Stellungnahme	292
3. Abschnitt: Das Nießbrauchverhältnis als Mitunternehmerschaft	293
§ 1 Gesellschaftsverhältnis und steuerrechtliche Mitunternehmerschaft	293
A. Darlegung der Zusammenhänge	293
B. Nießbrauchverhältnis als gesellschaftsähnliches Rechtsverhältnis	297
C. Nießbrauchverhältnis als wirtschaftlich vergleichbares Gemeinschaftsverhältnis	298
I. Darstellung	298
II. Kritik	301
III. Rechtsfolge und Lösungsansatz	302
§ 2 Das Nießbrauchverhältnis als Innengesellschaft – eigener Lösungsansatz	306
A. Gleichgerichtete Interessenlage	306
B. Doppelstöckige Mitunternehmerschaft	308
C. Besteuerungsverfahren – Zurechnung der Einkünfte	310
D. Zusammenfassung und Ergebnis	311

4. Abschnitt: Beendigung eines mitunternehmerischen Nießbrauchverhältnisses	312
§ 1 Verzicht	312
§ 2 Ablösung eines Nießbrauchrechts	314
A. Gleitende Vermögensübergabe	314
B. Entgeltliche Nießbrauchablösung	315
§ 3 Beendigung durch Tod	315
Drittes Kapitel: Nießbrauch am Anteil einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft	317
§ 1 Rechtsnatur	317
§ 2 Einkünftequalifikation und -zurechnung	317
§ 3 Erbschaft- und schenkungsteuerrechtliche Sichtweise	318
Viertes Kapitel: Das Nießbrauchrecht am Kapitalgesellschaftsanteil	320
1. Abschnitt: Nießbrauch an Geschäftsanteilen einer GmbH	320
§ 1 Ertragsteuerrechtliche Betrachtung	320
A. Grundsätzliches	320
B. Wirtschaftliches Eigentum und Einkünftezurechnung im Nießbrauchverhältnis	322
I. Der Nießbraucher als wirtschaftlicher Eigentümer	322
II. Einkünftezurechnung dem Grunde nach	324
1. Grundsatz	324
2. Vorbehalts- und Vermächtnisnießbrauch	326
a) Rechtsnatur und unentgeltliche Vermögensübertragung	326
b) Rechtsprechung und Finanzverwaltung zur Einkünftezurechnung	327
c) Kommentierung und Meinungsäußerung im Schrifttum	328
3. Zuwendungsnießbrauch	329
a) Unentgeltlich bestellter Nießbrauch	330
b) Entgeltlich bestellter Nießbrauch	330
c) Zwischenergebnis	331
4. Die Zurechnungsfiktion von § 20 Abs. 5 Satz 3 EStG	331
5. Stellungnahme	332

III. Einkünftezurechnung der Höhe nach	335
1. Allgemein	335
2. Der Gewinnanteil	335
3. Sonstige Bezüge (Besonderheiten)	336
a) Besondere Entgelte und Vorteile	336
b) Verdeckte Gewinnausschüttungen (vGA)	336
c) Steuerliches Einlagekonto gemäß § 27	
Abs. 1 KStG	336
C. Ergebnis	337
§ 2 Erbschaft- und schenkungsteuerrechtliche Sichtweise	337
A. Grundsatz	337
B. Vorbehaltsnießbrauch	338
C. Zuwendungs- und Vermächtnisnießbrauch	340
§ 3 Zusammenfassung	341
2. Abschnitt: Nießbrauch an Aktien	343
§ 1 Einführung/Abgrenzung/Zuordnung der Einkunftsquelle	343
A. Allgemeines	343
B. Abgrenzung des Aktiennießbrauchs zu weiteren	
Aktienüberlassungsarten	343
I. Pensionsgeschäft	344
II. Wertpapierleihe	344
III. Vergleich zum Nießbrauchverhältnis	345
C. Zuordnung der Einkunftsquelle beim	
Aktiennießbrauch	345
I. Grundsatz	345
II. Einkünftezurechnungskriterien beim Nießbrauch	
an Aktien	346
1. Wirtschaftliche Verfügungsmacht/Eigentum	346
2. Dispositionsbefugnis über die Einkunftsquelle	348
a) Allgemeines	348
b) Dispositions- und Verwaltungsbefugnisse	
bei Aktien	349
§ 2 Die ertragsteuerliche Behandlung des Aktiennießbrauchs	
im Einzelnen	350
A. Unentgeltliche Nießbrauchbestellung	350
I. Vorbehalts- und Vermächtnisnießbrauch	350
II. Zuwendungsnießbrauch	351
III. Stellungnahme	351

B. Entgeltliche Nießbrauchbestellung	352
C. Ergebnis und Stellungnahme	352
§ 3 Erbschaft- und schenkungsteuerrechtliche Behandlung	353
Gesamtzusammenfassung und Schlussbemerkung	354
Literaturverzeichnis	359